



GEMEINDE BINNINGEN

Protokoll des Einwohnerrats

IX. Legislaturperiode

Sitzung Nr. 2 vom 23. August 2004

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30 bis 21.55 Uhr

Leitung: V. Dubi

Anwesend: 35 Mitglieder

Abwesend: K. Birkhäuser, C. Fünfschilling, G. Köhler, T. Lutz, S. Rysler

**Protokoll-
genehmigung:** Die Protokolle der Sitzung vom 21. und 24. Juni 2004 werden genehmigt.

Präsidentin:

Protokoll:

Verena Dubi

Brigitte Christen

Mitteilungen der Präsidentin Verena Dubi:

- In die Sommerpause fiel die 1. August-Feier, welche sehr schön war. Persönlich war sie abwesend.
- Der Gemeindeverwalter hat kürzlich an zwei Abenden eine Einführung zu WoV und zum Aufbau der Leistungsaufträge gegeben.
- Als Stimmzähler hat das Büro Albert Braun, SP, Thomas Lutz, FDP und Christoph Meier, SVP, nominiert. Für den heute abwesenden T. Lutz wird J. Humbel diese Aufgabe übernehmen.
An der ersten Sitzung des Büros des Einwohnerrats nahm auch Gemeindepräsident Charles Simon teil. Die Zusammenarbeit zwischen Gemeinde- und Einwohnerrat wurde diskutiert. Der Gemeinderat erhofft sich einen besseren Informationsfluss. Von Seiten Einwohnerrat wäre es wünschenswert, wenn komplexe Geschäfte früher versandt werden könnten, damit die Mitglieder etwas mehr Zeit zum Studium hätten.
- Heute steht die Rechnung 2003 auf der Traktandenliste. Es ist die letzte, welche von Rainer Flück, Abteilungsleiter Finanzen / Steuern, erstellt worden ist. Er und seine Frau, gehen in den verdienten Ruhestand. Seine wesentlichsten Charaktereigenschaften sind: sehr loyal, freundlich, überaus hilfsbereit und geduldig. Er wirkt oft als ruhender Pol. Er ist sehr grosszügig und hat Humor. Sein Engagement beschränkte sich nicht auf seine Tätigkeit seit 1986 in der Verwaltung, sondern erstreckt sich auch auf die Bürgergemeinde, den Turn-, Rebbergverein. Es gebührt ihm ein grosses Dankeschön.
- Schliesslich werden alle Einwohnerrätinnen und -räte gebeten, ihre Voten so kurz wie möglich zu halten. In Anbetracht der zu behandelnden Leistungsaufträge ist auch nicht damit zu rechnen, dass dieses Jahr Sitzungen ausfallen werden.

Neu eingereichte persönliche Vorstösse :

- Interfraktionelles Postulat zum Baumschutz (Gesch. Nr. 14)

SP: *T. Rehmann:* Wie kürzlich im 'Binninger Anzeiger' zu lesen war, soll die Blutbuche am Kronenplatz erfreulicherweise stehen bleiben. Dennoch ist das 1992 vom Gemeinderat in Aussicht gestellte Bauminventar der schützenswerten Bäume noch nicht erstellt. Mit diesem Vorstoss soll dem Anliegen Nachachtung verschafft werden. Für die Definition, was als schützenswert gilt, gibt es verschiedene Kriterien, beispielsweise Prägung des Ortsbildes, die Einzigartigkeit bzw. Seltenheit eines Baums usw. Die Bevölkerung soll in dieser Hinsicht sensibilisiert werden.

- Interpellation SVP-Fraktion: Fussweg zwischen Weinbergstrasse und Hölzlistrasse (Gesch. Nr. 15)

Die Vorstösse gehen zur Bearbeitung an den Gemeinderat.

Traktandenliste:

	Gesch. Nr.
1. Antrag des Gemeinderats vom 8.6.2004: Wahl des Präsidiums und Vizepräsidiums der Bau- und Planungskommission	4*)
2. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 13.7.2004 und Bericht / Antrag der GRPK vom 24.6.2004: Rechnung 2003	203
3. Bericht / Antrag der Spezialkommission vom 7. Juli 2004 Totalrevision Allmendreglement, 1. Lesung	182
4. Zwischenbericht / Antrag der Spezialkommission vom 8.7.2004 Teilrevision Behördenreglement, 1. Lesung	173
5. Leistungsaufträge: Vorgehensvorschlag der GRPK vom 11.8.2004	13
6. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 10.8.2004: Abrechnung Anschaffung Mannschafts-Transportfahrzeug Feuerwehr	11
7. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 10.8.2004: Abrechnung Projekt "Neue Informatik-Lösung" der Gemeinde	12
8. Interpellation SVP-Fraktion vom 11.5.2004: Zur Sicherung der Attraktivität des Allschwiler Waldes im Gemeindebann von Binningen	208
9. Interpellation FDP-Fraktion vom 17.6.2004: Einfluss der Gemeinde auf ihr Publikationsorgan	209
10. Interpellation SP-Fraktion vom 18.6.2004: Mobilfunk-Antenne auf dem Mühlematt-Schulhaus	210
11. Interpellation SP-Fraktion vom 18.6.2004: Kinderspielplatz Schafmatt	211
12. Diverses	

* Traktandum am 24.6.2004 zurückgestellt

Traktandum 1**Geschäft Nr.**

Antrag des Gemeinderats vom 8.6.2004:

4**Wahl des Präsidiums und Vizepräsidiums der Bau- und Planungskommission**

SVP: *E. Kohl* schlägt für das Präsidium Markus Trautwein vor. Er ist seit vier Jahren Mitglied der BPK.

Präsidentin V. Dubi weist darauf hin, dass am 24. Juni 2004 offene Wahlen beschlossen worden sind.

Mit grossem Mehr wird beschlossen.

::: Als Präsident der Bau- und Planungskommission wird gewählt:
Markus Trautwein, SVP

SP: *S. Zürcher* gibt bekannt, dass seine Fraktion Traude Rehmann als Vizepräsidentin nominiert.

Einstimmig wird beschlossen:

::: Als Vizepräsidentin der Bau- und Planungskommission wird
gewählt: Traude Rehmann, SP

Traktandum 2**Geschäft Nr.**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 13.7.2004 und Bericht / Antrag der GRPK vom 24.6.2004:

203**Rechnung 2003**

GRPK-Präsident M. Metz: Wie aus dem Kommissionsbericht hervor geht, fanden zwei Ausschuss- und zwei Plenarsitzungen statt. Für Spezialthemen wurden Arbeitsgruppen gebildet. Ein erster Prüfungsbericht zur Rechnung gibt jeweils die ROD Treuhandgesellschaft zu Händen des Gemeinderats ab. Die GRPK hat ihrerseits viele Detailfragen abgeklärt, welche in ihrem Bericht aufgeführt sind. Wie aus den Anträgen der GRPK zu entnehmen ist, sollen zwei Bereiche von der Genehmigung ausgenommen werden: einerseits bezüglich Schenkungen, Legate und Fonds, andererseits zum Personalaufwand. Ende Juni waren dazu noch nicht alle Unterlagen verfügbar. Der Gemeinderat hat die ROD um einen Ergänzungsbericht gebeten. Die GRPK hat sich diesem Vorgehen angeschlossen. Dieser Bericht steht noch aus.

Eintreten:

FDP: *M. Ziegler:* Grundsätzlich ist der Rechnungsabschluss mit 23'000 Franken erfreulich. Allerdings besteht eine eklatante Diskrepanz zum Budget. Auch mit den getätigten Vorfinanzierungen für grosse Bauprojekte und ausserordentlichen Abschreibungen bleibt es eine Tatsache, dass den

Einwohner/innen im vergangenen Jahr zuviel Geld aus der Tasche gezogen worden ist. Die Mehrheit der Fraktion unterstützt das Vorgehen des Gemeinderats und die Anträge der GRPK. In Zukunft ist jedoch darauf zu achten, dass die Rechnung ausgeglichener abschliesst.

Grüne/EVP: *M. Schmidli* dankt der Finanzabteilung für die sorgfältige Arbeit. Sie stellt fest, dass einige geplante Investitionen nicht ausgeführt worden sind. Damit die Bausubstanz nicht gefährdet wird, sind notwendige Investitionen unbedingt vorzunehmen. Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt 125,9 %, was als luxuriös bezeichnet werden kann. Auch nach der Senkung des Steuersatzes auf 48 % besteht kein Anlass für Sparübungen. Die Anträge der GRPK werden unterstützt.

SVP: *E. Kohl* teilt die Auffassung des Gemeinderats nicht, welcher in seinen Schlussbemerkungen schreibt, es bestehe Grund zur Freude über die Binninger Finanzlage. Es ist vielmehr bedauerlich, dass nicht wenigstens die GRPK früher Kenntnis vom Überschuss erhielt; dann hätte früher reagiert werden können. Nach Meinung der Fraktion budgetiert der Gemeinderat zu vorsichtig. Mit den beantragten Vorbehalten wird die Rechnung 2003 genehmigt.

CVP: *H. Senn:* Die Gründe für den sehr guten Rechnungsabschluss sind entweder im Gemeinderatsbericht aufgeführt oder sind bereits genannt worden. Einmal mehr wünscht seine Fraktion, dass die GRPK früher erfährt, welches der Stand der Laufenden Rechnung ist. Im Hinblick auf das Budget 2005 sind Korrekturen nach unten beim Steuersatz möglich. Es sollen nicht unendlich weitere Vorfinanzierungen getätigt werden. Die CVP-Fraktion wird den Anträgen der GRPK folgen.

SP: *R. Dürig* ist im Gegensatz zur FDP-Fraktion nicht der Ansicht, dass den Steuerzahlenden zuviel Geld aus der Tasche gezogen wurde. Die Vorfinanzierungen sind sinnvoll investiertes Geld, welches der Einwohnerschaft mit etwas Verzögerung vollumfänglich zu gute kommt. Auffallend ist, dass der Sachaufwand zum dritten Mal niedriger als budgetiert ausfällt. Notwendige Sanierungen, insbesondere von Schulhäusern, dürfen jedoch nicht unnötig hinausgezögert werden, dies rächt sich sonst zu einem späteren Zeitpunkt in Form eines Nachholbedarfs. Sollte es sich herausstellen, dass Gelder aus Legaten / Fonds ohne Rechtsgrundlage ausbezahlt worden sind, erwartet die Fraktion, dass diese zurückgefordert werden. Über die Ergebnisse der Spezialuntersuchung ist der Einwohnerrat bis spätestens Ende Jahr zu informieren, ebenso über getroffene Massnahmen. Ein entsprechend stärker formulierter Antrag 4 wird eingereicht.

Stellungnahme des Gemeinderats: *J. Saxer:* Auf den guten Rechnungsabschluss hat die Exekutive bereits Ende März reagiert und der Einwohnerrat hat der beantragten Steuersenkung um 2 % zugestimmt. Dass der Überschuss nicht früher bekannt gegeben werden konnte, hat hauptsächlich zwei Gründe: die Umstellung auf den einjährige Veranlagungsmodus, führte zu einem unvorhersehbaren sprunghaften Anstieg der Steuereinnahmen. Ausserdem haben sich das neue Finanzausgleichs- und Bildungsgesetz ausgewirkt, beispielsweise fallen die Löhne der Realschullehrer/innen für die Gemeinden weg. Für das Budget 2003 konnten die Auswirkungen nicht abgeschätzt werden. Auf Seite 4 der Rechnung sind diese Positionen besonders ausgewiesen. Aufgrund der jährlichen Veranlagung der Steuern werden die statistischen Werte künftig präziser prognostizierbar sein. Zu den Vorfinanzierungen: Es ist sinnvoller, für beschlossene Grossprojekte oder den unumgänglichen Neubau eines Alters- und Pflegeheims Geld bereit zu halten als dieses bei der Bank gegen hohe Zinsen aufnehmen zu müssen. Die Vorfinanzierungsbeträge müssen übrigens vom Einwohnerrat einzeln beschlossen werden.

Detailberatung:

FDP: *M. Ziegler* verweist darauf, dass die von der GRPK gemachten Vorbehalte bezüglich der beiden Konti Nrn. 2034 und 020.30 nochmals ausdrücklich erwähnt seien.

GRPK-Präsident M. Metz nimmt Stellung zum Antrag von R. Dürig und erläutert: Die ROD schreibt jeweils einen so genannten Management-Letter mit allgemeinen Empfehlungen an den Gemeinderat, wie die Rechnung optimiert werden kann. Die GRPK wünscht, dass der Gemeinderat dazu Stellung nimmt. Der Antrag 4 hat keinen Zusammenhang zu den Anträgen 2 und 3 der GRPK. Derzeit ist nicht absehbar, wann die Berichte zu den Spezialuntersuchungen vorliegen werden. Der

Antrag würde die GRPK zeitlich unter Druck setzen; er ist daher abzulehnen. Hingegen kann der Rat versichert sein, dass die Kommission diesen Informationen bekannt gibt, ebenso allfällige Konsequenzen daraus.

SP: R. Dürig zieht seinen Antrag zurück.

Präsidentin V. Dubi gibt bekannt, dass zusätzlich zu den GRPK-Anträgen auch über die GR-Anträge betreffend Vorfinanzierungen abgestimmt werden muss.

Mit 34 Ja bei 1 Enthaltung wird beschlossen:

://: 2.1 Die Jahresrechnung 2003 wird – mit Ausnahme der Bereiche gemäss Ziffer 2.2 (Schenkungen, Legate und Fonds) und Ziffer 2.3 (Personalaufwand) des GRPK-Berichts - genehmigt.

Einstimmig wird beschlossen:

://: 2.2 Bezüglich der Verwendung der Legate, Fonds und Schenkungen (Kto. 2034) wird eine Spezialuntersuchung durchgeführt.

2.3 Bezüglich Personalaufwand (Kto. 020.30) wird eine Spezialuntersuchung durchgeführt.

2.4 Der Gemeinderat wird gebeten, dem Einwohnerrat bis Ende 2004 über die Umsetzung der Empfehlungen der ROD zu berichten.

Bei 2 Enthaltungen wird beschlossen:

CHF

://: 2.5 Der Brutto-Überschuss 2003 wird wie folgt verwendet:

2.5.1 als Einlage in den Kulturfonds	34'150.00
---	------------------

Bei 1 Enthaltung wird beschlossen:

://: 2.5.2 für ordentliche und zusätzliche Abschreibungen	8'899'286.00
--	---------------------

Bei 2 Enthaltungen wird beschlossen:

CHF

://: 2.5.3 für Vorfinanzierungen - Verlegung Schlossgasse:	2'000'000
---	------------------

Mit 30 Ja bei 5 Enthaltungen wird beschlossen:

://: - Erstellung Einstellhalle	1'500'000
- An- und Umbau Schlossgasse 2	1'500'000

Einstimmig wird beschlossen:

://: 2.5.4 als Zuweisung an das Eigenkapital	23'163.45
---	------------------

FDP: *E. Rietmann* erkundigt sich, welche Summe für die Vorfinanzierung Umbau Schlossgasse 2 zutrifft, in der Vorlage des Gemeinderats werden dafür 1'700'000 Franken aufgeführt, auf Seite 3 der Rechnung wird der Betrag mit 1'500'000 beziffert.

Gemeinderat J. Saxer: Im Zusammenhang mit dem Projekt Schlosspark hat sich herausgestellt, dass am 1.1.2003 bereits 1,8 Mio. vorhanden waren und nur 1,6 Mio. gebraucht werden. Daher sind CHF 200'000 für die Umlegung der Schlossgasse 2 umgebucht worden.

Traktandum 3

Geschäft Nr.

Bericht / Antrag der Spezialkommission vom 7. Juli 2004

Totalrevision Allmendreglement

182

Spezialkommissionspräsident T. Petitjean: Der vorliegende Entwurf der Kommission weicht wesentlich von jenem des Gemeinderats ab. Er ist leicht verständlich und nachvollziehbar. Die Gebühren sind klar geregelt und lassen der Verwaltung nur noch bei § 25 Ermessensspielraum. Für Bauplatzinstallationen schlägt die Kommission einen Franken pro m² und Woche vor. Inzwischen hat er Kenntnis davon erhalten, dass die Verwaltung die Kosten nachgerechnet hat. Der Gemeinderat beantragt aufgrund dessen CHF 1.50, damit sie kostendeckend sind. Der Entscheid liegt beim Rat.

Eintreten:

FDP: *J. Humbel* betont, dass das Reglement gut lesbar ist und somit benutzerfreundlich. Die Fraktion steht dahinter und kann auch der erwähnten Erhöhung um --.50 Rappen zustimmen.

SVP: *E. Kohl* findet das überarbeitete Reglement wesentlich besser und eine Fraktionsmehrheit stimmt ihm zu. Es ist bedauerlich, dass die erwähnte Erhöhung nicht früher bekannt war und nicht in die Beratung der Spezialkommission einfließen konnte. Einige Fraktionsmitglieder vertreten die

Meinung, dass gewisse Paragraphen zu wenig präzise formuliert sind. Als Vertretung des Gewerbes wird an möglichst niedrigen Gebühren und somit am Kommissionsvorschlag festgehalten. Dieser Punkt kann jedoch in einer zweiten Lesung beschlossen werden.

SP: *S. Brenneisen* stellt fest, dass seine Fraktion den vorgelegten Entwurf unterstützt. Baustellen verursachen Behinderungen. Es ist gerechtfertigt, die Gebühr auf CHF 1.50 zu erhöhen.

Grüne/EVP: *U. von Bidder* lobt die gute Arbeit der Spezialkommission, welche ein klares Reglement geschaffen hat. Der Grundsatz kostendeckender Gebühren soll auch in diesem Fall gelten. Wer sich das Bauen leisten kann, ist auch in der Lage, für die entstehenden Unkosten aufzukommen. In gewissem Grad soll die Gebühr auch lenkend wirken. Persönlich hofft er, dass die hässlichen Plakatwände auf Allmend verschwinden und bedauert, dass diesbezüglich kein griffiges Reglement vorhanden ist.

FDP: *M. Bolleter* widerspricht seinem Vorredner. Seines Erachtens sollen die Gebühren zwar kostendeckend sein; sie sind aber keinesfalls als Lenkungsmaßnahme zu verstehen. Dafür stehen dem Gemeinderat andere Möglichkeiten zur Verfügung, z. B. Einschränkung der Dauer. Ihn würde die Kostenzusammenstellung für die vom Gemeinderat beantragte Erhöhung auf CHF 1.50 interessieren.

SVP: *U. Rediger* bekundet Mühe mit der Tatsache, dass wer beispielsweise Obst verkaufen will, mindestens 50 Franken an Gebühren entrichten muss. Auf diese Weise lohnt sich der Verkauf kaum noch. Das Reglement dürfte differenzierter abgefasst sein.

CVP: *H. Senn* wehrt sich für die Baubranche. Auf die Strasse wird nur im Notfall ausgewichen, weil nämlich der Verursacher für allfällige Schäden aufkommen muss.

SP: *S. Zürcher:* Seine Fraktion befürwortet verdichtetes Bauen. Dies führt meist unweigerlich zur temporären Benützung der Allmend für Bauinstallationen. Trotzdem soll in diesem Fall keine Subventionierung durch die Gemeinde erfolgen.

SP: *U. Kunz:* Als Anwohner der Holzmatzstrasse hat er während drei Jahren miterlebt, was Allmendbenützung im Zusammenhang mit Bauen heisst. Es herrschten chaotische Zustände mit Sondermülldeponien, Lieferwagen verunmöglichten öfters die Durchfahrt. Deshalb plädiert er für eine Erhöhung auf CHF 1.50 sowie vermehrte Kontrollen durch die Behörde.

Stellungnahme des Gemeinderats: *C. Simon* attestiert der Spezialkommission, dass sie ein anwenderfreundliches Reglement erarbeitet hat. Es stellt sich jedoch das Problem, dass die neuen Gebühren niemals kostendeckend sein werden. Der Verwaltungsaufwand beträgt im Zusammenhang mit Bauinstallationen rund 44'000 Franken jährlich; demgegenüber stehen jährliche Einnahmen von 1'600 bis 10'000 Franken in den letzten fünf Jahren. Mit der Erhöhung auf CHF 1.50, welche der Gemeinderat beantragt, ergäben sich Einnahmen von durchschnittlich 20'000 Franken pro Jahr. Der Aufwand wäre immer noch keineswegs gedeckt. Besser wäre daher eine Bandbreite, damit die Gebühr in den nächsten Jahren annähernd die Unkosten decken würde. Der Gemeinderat hat grundsätzlich keine Möglichkeit, ein Gesuch für Allmendbenützung abzulehnen. Es wäre zu überlegen, ob im Leistungsauftrag 9 ein weiteres Ziel definiert wird, welches lauten könnte: die Allmend soll nicht übermässig mit Baustellen belastet werden.

Präsidentin V. Dubi bemerkt, dass ein Antrag auf Erhöhung der Gebühr auf CHF 1.50 inzwischen von den Grünen/EVP schriftlich vorliegt.

FDP: *E. Rietmann* greift das von U. Kunz vorgebrachte Beispiel auf. Wenn extreme Zustände herrschen, sollte der Verursacher für den Mehraufwand zur Kasse gebeten werden. Er bittet den Antrag auf die zweite Lesung zurückzustellen. Er bittet den Gemeinderat, entsprechende Unterlagen zu Ausgaben und Einnahmen nachzureichen.

Grüne/EVP: *U. von Bidder* erklärt sich bereit, dass über den Antrag erst an der zweiten Lesung abgestimmt wird.

Detailberatung:

SVP: *U. Rediger* möchte bei den Gebühren in § 23 einen differenzierteren Vorschlag. Wenn beispielsweise ein Gärtner eine gewisse Zeit die Allmend benutzt, so stehen die Gebühren in keinem Verhältnis zu jenen für eine Bauinstallation.

SP: *U. Kunz* meint, dass es völlig unwichtig ist, wer die Allmend vermehrt benutzt, wesentlich ist, dass die Gebühr von CHF 1.50 pro m² und Woche absolut vertretbar ist.

Spezialkommissionspräsident T. Petitjean spricht sich gegen eine zu differenzierte Gebührenliste aus. Es geht primär um Bauplatzinstallationen. Das Beispiel des Gärtners ist schlecht gewählt. Weil solche Tätigkeiten unter Abs. 3 lit. b fallen und dafür 15 Rappen pro m² und Tag zu bezahlen sind.

SVP: *U. Rediger* hält fest, dass es ihm letztlich nicht um den Preis pro m² geht, sondern darum, ob eine Grundgebühr 20 oder 50 Franken beträgt.

Präsidentin V. Dubi erklärt die erste Lesung als abgeschlossen.

Traktandum 4**Geschäft Nr.**

Zwischenbericht / Antrag der Spezialkommission vom 8.7.2004

Teilrevision Behördenreglement, 1. Lesung

173

Präsidentin der Spezialkommission, T. Rehmann, erläutert nochmals kurz, weshalb dem Einwohnerrat ein Zwischenbericht vorgelegt wird und weshalb das teilrevidierte Reglement bis Ende Jahr gelten soll.

Eintreten:

SP: *R. Dürig* fragt, aus welchem Grund nicht die bisherige Regelung beibehalten wird.

Spezialkommissions-Präsidentin T. Rehmann: Für die Schulräte, welche neu vom Einwohnerrat gewählt werden, braucht es jedenfalls eine Regelung.

SVP: *C. Schaub* erwähnt, dass seine Fraktion mit dem Vorgehen der Spezialkommission grundsätzlich einverstanden ist.

Stellungnahme des Gemeinderats: ----

Detailberatung: entfällt

Einstimmig wird beschlossen:

- ://:**
- 1. Der Teilrevision des Behördenreglements der Gemeinde Binningen wird als Übergangsregelung bis Ende 2004 zugestimmt.**
 - 2. Die teilrevidierten Bestimmungen treten auf 1.7.2004 in Kraft.**
 - 3. Die Spezialkommission wird beauftragt, das Behördenreglement weiter zu bearbeiten und eine Neufassung vorzuschlagen. Das neu gefasste Reglement soll per 1.1.2005, allenfalls rückwirkend, in Kraft treten. Damit wird die Übergangsregelung abgelöst.**

Traktandum 5

Geschäft Nr.

Leistungsaufträge: Vorgehensvorschlag der GRPK vom 11.8.2004

13

Präsidentin V. Dubi legt Wert auf die Feststellung, dass es bei diesem Geschäft nicht um den Inhalt des Leistungsauftrags geht. Die Beilage ist als Muster für die weiteren Leistungsaufträge zu verstehen. Heute soll einzig über Zeitrahmen und Aufbau diskutiert werden.

GRPK-Präsident M. Metz: Bevor weitere Leistungsaufträge fertig gestellt werden, ist es für die Kommission wichtig, die Meinung des Rats zu kennen, ob diese Form der Präsentation akzeptiert wird sowie ob dem vorgeschlagenen Terminplan zugestimmt wird. Wie im Bericht erwähnt, sollen erstmals verbindliche Leistungsaufträge mit dem Budget 2006 vorgelegt werden.

Eintreten:

CVP: *K. Amacker:* Dem Vorschlag der GRPK stimmt die Fraktion zu. Der Zeitplan ist ambitiös, jedoch ist es wichtig, dass alle elf Leistungsaufträge in dieser Amtsperiode behandelt werden.

SP: *F. Dietiker* spricht sich für seine Fraktion ebenfalls für das vorgeschlagene Prozedere aus. Das Zeitprogramm stellt hohe Anforderungen und er appelliert deshalb an das Parlament, mit einer gewissen Grosszügigkeit die Detailberatung der Leistungsaufträge anzugehen. Mit zunehmender Erfahrung werden sich automatisch noch Verbesserungen ergeben.

SVP: *U. Rediger:* Was in der Theorie einfach scheint, ist in der Praxis nicht so ohne weiteres umzusetzen. Es verlangt auch vom Einwohnerrat ein Umdenken. Mit WoV soll mehr Transparenz geschaffen werden. Die Zielsetzung ist ehrgeizig aber realistisch. Vom Bericht der GRPK wird Kenntnis genommen.

Grüne/EVP: *R. Bänziger* erklärt auch seitens ihrer Fraktion Zustimmung zum Bericht der GRPK. Als neues Ratsmitglied hat sie mit Interesse an der Einführung zum Thema WoV teilgenommen. Positiv an den Leistungsaufträgen ist die Definition der Ziele und der Messkriterien, wobei letztere oft schwierig zu formulieren sind. Bei einzelnen Leistungs- und Wirkungszielen hat sie noch Schwierigkeiten, den Unterschied zu erkennen.

GRPK-Präsident M. Metz fordert die Ratsmitglieder auf, sich ebenfalls zur Struktur und zum Umfang des vorgelegten Leistungsauftrags 10 zu äussern.

FDP: *M. Bolleter* nimmt wie folgt Stellung: Die Fraktion ist grundsätzlich mit der Präsentation einverstanden. Inhaltlich werden viele Informationen zu Produkten und Bereichen vermittelt. Eine kritische Anmerkung ist zu den Leistungszielen vorzubringen. Auffallend ist, dass sie sehr ins Detail gehen, wie ein Auftrag umzusetzen ist. Es stellt sich die Frage, ob es Aufgabe der Legislative ist, bis auf diese untere Ebene Beschlüsse zu fassen. Andererseits kann auf diese Weise der Einwohnerrat mehr Einfluss nehmen. Das Formulieren zum Messen von Leistungszielen ist ebenfalls schwierig. Mehrfach wird als Indikator die Vermeidung von berechtigten Reklamationen genannt; doch was heisst in diesem Zusammenhang "berechtigt". Dies bedingt wiederum eine objektive Messmethode, um Reklamationen zu beurteilen und zu erfassen.

SP: *F. Dietiker* möchte folgende Punkte zum nochmaligen Überdenken geben. Das Parlament soll gemäss WoV über Wirkungsziele, der Gemeinderat über Leistungsziele steuern. In Binningen werden dem Einwohnerrat Wirkungs- und Leistungsziele vorgelegt. Es wäre zu prüfen, ob nicht auf Stufe Produkte auf die Wirkungsziele zu verzichten ist, nachdem diese schon via übergeordnete Produktegruppe beeinflusst werden können. Im Übrigen könnte der Leistungsauftrag etwas einfacher und schlanker gestaltet werden. Es fragt sich, wie der Gemeinderat die Verwaltung steuern will, wenn er die Steuerung der Leistungsziele dem Einwohnerrat überlässt; denn Wirkungs- und Leistungsziele sind z. T. vermischt worden. Bei weiteren Leistungsaufträgen ist auf eine klare Trennung zu achten.

SVP: *U. Rediger* geht auf die Aussage seines Vorredners ein. Er weist darauf hin, dass diese Anfangsschwierigkeiten normal sind. Die noch nicht saubere Trennung der Kompetenzen, hat für den Einwohnerrat den Vorteil, dass er mehr Einfluss nehmen kann.

://: Der Einwohnerrat nimmt vom Bericht der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission vom 11.8.2004 Kenntnis.

Traktandum 6

Geschäft Nr.

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 10.8.2004:

11

Abrechnung Anschaffung Mannschafts-Transportfahrzeug Feuerwehr

Eintreten:

SVP: *M. Trautwein* äussert sich zufrieden über die Abrechnung, welche erfreulicherweise tiefer ausgefallen ist als budgetiert.

SP: *D. Gorba* bemerkt, dass auch seine Fraktion die Endabrechnung gutheisst. Die Einsparung von 25'000 Franken wird positiv vermerkt.

Grüne/EVP: *U. von Bidder:* Auch seine Fraktion wird zustimmen. Er erkundigt sich, ob der Gemeinderat bereits eine Aussage machen kann, wie sich das neue Fahrzeug bewährt.

Detailberatung: entfällt

Stellungnahme des Gemeinderats: *B. Gehrig* antwortet, dass sich das Fahrzeug bisher bewährt. Nach so kurzer Zeit ist jedoch eine verbindliche Beurteilung nicht möglich. Bezüglich Kosten ist festzuhalten, dass bei der Budgetierung unbekannt war, wie hoch die Subvention der Gebäudeversicherung ausfallen wird. Deshalb wurde der effektive Kaufpreis veranschlagt.

Einstimmig wird beschlossen:

://: Die Abrechnung für die Anschaffung eines Mannschafts-Transportfahrzeugs für die Feuerwehr im Umfang von CHF 125'012 (Konto 140.506.01) wird genehmigt.

Traktandum 7

Geschäft Nr.

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 10.8.2004:

12

Abrechnung Projekt "Neue Informatik-Lösung" der Gemeinde

Eintreten:

SP: *S. Zürcher:* Auch diese Abrechnung schliesst erfreulicherweise mit einem Minderaufwand ab. Die nächste Anschaffung für die Informatik wird hoffentlich auf dieser Basis aufbauen können.

FDP: *E. Rietmann:* Der Anschaffungsbeschluss liegt bereits vier Jahre zurück. Er möchte deshalb wissen, weshalb erst heute die Abrechnung präsentiert wird und ob diese Lösung heute noch aktuell ist oder ob bereits nächstens ein neuer Kredit benötigt wird. Ein Ziel mit der neuen Informatik war die Realisierung der Kostenrechnung. Wie steht es damit? Welche Partnergemeinden nutzen derzeit unsere EDV?

SVP: *F. Gerber:* Die Abrechnung wird gutgeheissen. Es interessiert ihn zu erfahren, in welchem Ausmass die Gemeinde Binningen von der Outsourcing-Lösung der Firma Ruf abhängig wird.

Detailberatung: entfällt

Stellungnahme des Gemeinderats: *J. Saxer* antwortet, dass die neu angeschaffte Software aus einer Vielzahl von Einzelmodulen besteht, welche sukzessive eingeführt werden. Meistens läuft die Einführung in mehreren Stufen ab, es wird im Parallelbetrieb gearbeitet, ebenso ist eine Testphase nötig, bevor das neue das alte Modul ablöst. Diese Arbeiten sowie die Schulung des Personals laufen zusätzlich zum Alltagsgeschäft. Zur Kostenrechnung: dieses Modul steht beim System der Firma Ruf zur Verfügung, es muss aber noch spezifisch auf die Bedürfnisse von Binningen eingerichtet werden. Die Finanzabteilung ist an der Vorbereitung des Konzepts. Erste Schulungstermine sind festgelegt. Folgende Partnergemeinden nehmen Dienstleistungen von Binningen in Anspruch: Füllinsdorf, Münchenstein, Röschenz und Zunzgen. Diese Gemeinden erhalten einen Sonderrabatt bei der Firma Ruf. Die Frage von F. Gerber muss bejaht werden. Hat man sich einmal für ein System entschieden, so ergibt sich unweigerlich eine gewisse Abhängigkeit. Vor der Anschaffung wurde aber sorgfältig evaluiert und dann ein funktionstüchtiges System gewählt.

Einstimmig wird beschlossen:

://: Die Abrechnung des Projekts "Neue Informatik-Lösung" der Gemeinde im Umfang von CHF 419'601 (Konto 020.506.02) wird genehmigt.

Traktandum 8**Geschäft Nr.**

Interpellation SVP-Fraktion vom 11.5.2004:

Zur Sicherung der Attraktivität des Allschwiler Waldes im Gemeindebann von Binningen**208**

Antwort des Gemeinderats B. Gehrig: Die Situation im Allschwiler Wald ist dem Gemeinderat bekannt. Tatsächlich ist das Gebiet als Naherholungszone stark oder vielmehr zu stark belastet. Allerdings sind der Exekutive keine Reklamationen von Seiten der Anwohnerschaft zugekommen. Es ist jedoch unbestritten, dass die Einwohner/innen an der Holzmatzstrasse im Sommer einiges in Kauf nehmen müssen. Hingegen kann nicht bestätigt werden, dass die Probleme besonders von Jugendlichen ausgelöst werden. Während der Sommermonate sind Gemeindepolizei und Bannwart auch nachts sowie an den Wochenenden vermehrt in diesem Gebiet unterwegs. Zudem sorgt auch der Werkhof mit beträchtlichem Zeitaufwand und Einsatz für Ordnung. Fehlbare werden selbstverständlich verzeigt und gebüsst. Rechtsgrundlagen sind genügend vorhanden: das Polizei- und das Abfallreglement, zudem die kantonale Waldverordnung. Der Gemeinderat erachtet es im heutigen Zeitpunkt nicht für notwendig, zusätzliche Benützungsvorschriften zu erlassen. Auch die Bürgergemeinde unternimmt u. a. mit zwei laufenden Projekten grosse Anstrengungen, den Wald zu schützen. Die Zusammenarbeit mit Allschwil ist zudem sehr gut.

SVP: M. Trautwein weist darauf hin, dass z. B. Anfang Juli die Kantonspolizei ausrücken musste, weil nachts randaliert wurde. Er bittet den Gemeinderat, die Situation im Auge zu behalten und den Erlass gewisser Verbote nicht a priori auszuschliessen.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort des Gemeinderats teilweise befriedigt.

Traktandum 9**Geschäft Nr.**

Interpellation FDP-Fraktion vom 17.6.2004:

Einfluss der Gemeinde auf ihr Publikationsorgan**209**

Antwort des Gemeinderats: C. Simon: Die Frage von M. Ziegler, welchen Einfluss der Gemeinderat und die Verwaltung auf den redaktionellen Teil und auf die Veröffentlichung von Leserbriefen im 'Binninger Anzeiger' haben, kann wie folgt beantwortet werden. Der Anzeiger beinhaltet einen amtlichen Teil, in der Regel Seite 2 und 3, sowie einen redaktionellen Teil. Zwischen Binningen und der Buckdruckerei Lüdin besteht ein Vertrag. Darin wird die redaktionelle Freiheit des Anzeigers garantiert. Weder Gemeinderat noch Verwaltung haben daher Einfluss auf die (Nicht-)Veröffentlichung von Leserbriefen. Auch nach Auffassung des Gemeinderats sollte die Berichterstattung politisch ausgewogen sein und sollten auch kritische Stimmen zu Wort kommen. Bei der nächsten Besprechung wird der Gemeinderat den Vertragspartner darauf hinweisen.

Der laufende Vertrag wurde im November 2003 für fünf Jahre abgeschlossen. Eine Submission wird somit erst 2007 fällig. Die Aufnahme der politisch ausgewogenen Berichterstattung als neues Kriterium wird dann geprüft.

FDP: M. Ziegler dankt dem Gemeindepräsidenten für seine Antwort. Es überrascht ihn, dass diese Bedingung bisher im Vertrag unberücksichtigt blieb. Seines Erachtens gehört dieses Kriterium in den nächsten Vertrag.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort des Gemeinderats teilweise befriedigt.

Traktandum 10

Interpellation SP-Fraktion vom 18.6.2004:

Mobilfunk-Antenne auf dem Mühlematt-Schulhaus**210**

Antwort des Gemeinderats: *A. Schuler:* Die Anlage wurde 1989 von den PTT errichtet. Der Vertrag wurde für zehn Jahre abgeschlossen und ist im Jahr 2001 bis Ende 2010 erneuert worden. Anlässlich der Liberalisierung des Fernmeldemarkts 1998 hat die Swisscom Mobile AG den Vertrag übernommen. Alle Messwerte und Normen werden eingehalten. Die Gemeinde ist gleich gestellt wie ein Grundbesitzer. Deshalb erhält sie einen Mietzins. Vor rund einem Jahr hat sich der Gemeinderat bereits zu einer identischen Interpellation geäußert. Zum Thema Mobilfunkantennen ist kürzlich eine Motion im Landrat eingereicht worden, welche die Regelung der Standorte im kantonalen Raumplanungs- und Baugesetz fordert. Der Gemeinderat Binningen wird in einem Brief an die Bau- und Umweltschutzdirektion den Regierungsrat ebenfalls auffordern, die Standorte solcher Anlagen gesetzlich zu regeln. Ausserdem soll das Raumplanungs- und Baugesetz dahingehend revidiert werden, dass Mobilfunkantennen auf das Notwendige beschränkt bleiben, dass der Landschaftsschutz beachtet wird und Schulen, Spitäler usw. als Standort davon ausgenommen bleiben.

Der Gemeinderat nimmt die Sorge der Eltern ernst. Bekanntlich ist aber das Handy für sehr viele Leute unverzichtbares Kommunikationsmittel. Geht die Gemeinde künftig keine entsprechenden Verträge mehr ein, so weichen Mobilfunkanbieter auf private Standorte aus.

SP: *D. Gorba* freut sich, dass der Gemeinderat bemüht ist, eine Lösung des Problems zu finden. Derzeit steht die Montage einer weiteren Antenne in der Nachbarschaft des Mühlematt-Schulhauses zur Diskussion. Dann würden innerhalb von 300 Metern drei Anlagen stehen, was nicht akzeptabel ist.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort des Gemeinderats teilweise befriedigt.

Traktandum 11

Interpellation SP-Fraktion vom 18.6.2004:

Kinderspielplatz Schafmatt**211**

Stellungnahme des Gemeinderats: *M. Joset* sagt aus, dass der Gemeinderat seit Jahren den Spielplatz mindestens indirekt unterstützt hat, mit einem namhaften jährlichen Beitrag an den Verein Robi-Platz "Daronga". Vor einigen Jahren ging die Anlage an den Verein Kinderspielplatz Schafmattweg über. Seither hat der Werkhof weiterhin eine praktische Unterstützung geleistet, indem Bäume und Hecken regelmässig geschnitten wurden. Inzwischen bestehen Überbauungspläne dieser Parzellen. Die reformierte Kirche ist Landeigentümerin des Spielplatzes und hat den Vertrag mit dem Verein gekündigt bzw. durch einen kurzfristig kündbaren ersetzt. Durch die neu entstandene Situation hat der Verein verständlicherweise mehr Mühe, Spendengelder zu erhalten. Gemeinderat, Kirchgemeinde und Verein Spielplatz haben vereinbart, dass die Gemeinde weiterhin den bisherigen Dienst durch den Werkhof erbringt. Zum baulichen Aspekt wird Gemeinderätin Schuler informieren.

Gemeinderätin A. Schuler: Derzeit besteht noch kein konkretes Bauvorhaben. Die reformierte Kirchgemeinde Binningen / Bottmingen zieht jedoch eine Wohnüberbauung in Betracht und ent-

sprechende Gespräche haben mit dem Gemeinderat stattgefunden. Die Exekutive hat signalisiert, dass die gemeindeeigenen Parzellen in die Planung einbezogen werden können.

Der bestehende Kinderspielplatz befindet sich auf der Parzelle der Kirchgemeinde. Auf den der Einwohnergemeinde gehörenden Parzellen stehen die Asylunterkunft und ein Kindergarten. Für diese Liegenschaften müssen zuerst Ersatzstandorte gefunden werden. Der Kindergarten wird im Herbst in jenen an der Blumenstrasse umziehen. Ein Kinderspielplatz ist auch in einer Neuüberbauung geplant, welcher auch für die Kinder im Quartier benutzbar sein soll. Schwieriger ist es, eine Alternative für die Asylunterkunft zu finden.

SP: *D. Gorba* ist nicht glücklich über diese unverbindlichen Auskünfte. Der Spielplatz hat eine wichtige Funktion für die Kinder in diesem Quartier. Deshalb bittet er den Gemeinderat, sich für den Erhalt, mindestens eines Teils des Spielplatzes einzusetzen. Ausserdem kann er nicht nachvollziehen, weshalb die Gemeinde keine finanzielle Unterstützung mehr erbringt.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort des Gemeinderats teilweise befriedigt.

Traktandum 12

Diverses

Keine Wortmeldungen.